

Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Zur Landtagswahl.

Noch immer herrscht über den Ausgang der Wahlmännerwahlen in einzelnen Wahlkreisen Unklarheit, besonders auch insofern als die Parteizugehörigkeit mancher Wahlmänner nicht unbedingt festgestellt.

Einer unserer Berliner Mitarbeiter schreibt uns in Anlehnung des Wahlergebnisses nach folgendes: Eugen Richter hat 1887 die Parteilichkeit im Reichstag, die durch Erregung von Partei und Schanden bei den Septennatswahlen geschaffen worden war, als ein Anglistprodukt gekennzeichnet.

Um ferner hat das Wahlergebnis den Sozialdemokraten eine starke Enttäuschung gebracht. Sie haben zu ihren sechs 1908 den Liberalen abgenommen Mandaten noch ein Mandat in Schöneberg — auch von den Liberalen — hinzugewonnen und werden vielleicht noch in Stichwahlen ein oder das andere Mandat erlangen, aber sicherlich den reaktionären Parteien nicht wehe tun.

Wie groß schließlich die Zahl der sozialdemokratischen Mandate im preussischen Abgeordnetenhaus werden mag: für die Sozialdemokratie bedeutet das Wahlergebnis ein Fiasko ihrer Taktik. Der erste Revisionsrat, der mit dem in Schöneberg gewählten Abg. Gul in das Abgeordnetenhaus einzieht, wird vielleicht eine Revision dieser Wahlaktik herbeizuführen imstande sein.

Ein anderer Mitarbeiter schreibt uns ferner: Auf einen Umrechnung war bei den Umrechnungen des Dreiklassenwahlrechts nicht zu rechnen. Darüber ist sich der Liberalismus selbstverständlich von vornherein im klaren gewesen.

Also — das mühten wir, wie wir ans Werk gingen — an einen Erfolg, der diesen Namen verdient, war nicht zu denken. Immerhin ist doch das Schlimmste verhütet worden, und da wir auch sonst uns gewohnt haben, in dem „Verhüten“ des größeren Übels schon etwas wie ein staatsmännisches Gelingen zu begründen, mögen auch diese Teilerfolge uns ins Leben gebracht werden.

Memel-Hydekrug, Tilsit-Niederung und Insterburg-Gumbinnen.

Das „Mem. Dampfboot“ gibt die Parteilichkeit für Memel-Hydekrug noch nicht ganz verloren. Das Blatt schreibt u. a., nachdem es die Wahlsitzern mitgeteilt hat: Hierin steht zu befürchten, daß der Wahlkreis eins der beiden Landtagsmandate an die Konservativen verliert, während es unsere Hoffnung war und unser Ziel, die Zahl der Anhänger des reaktionären preussischen Wahlrechts im Reichstagsparlament durch die gegenwärtige Wahl um einen zu verringern.

verlieren und den zweiten bisherigen bedauerlicherweise behalten müssen. Unbedingt über ist das aber natürlich noch nicht, wenn es auch die größere Wahrscheinlichkeit für sich hat. Es ist uns bereits über eine ganze Anzahl von Fällen berichtet worden, die, wenn sie sich bewahrheiten, zur Mallierung von zahlreichen Wahlmännern führen müßten, bei denen unseren Gegnern der Sieg unfehlbar ist.

Ueber Tilsit-Niederung spricht sich die „Tilsiter Abg.“ wie folgt aus:

Bemerkenswert an der Wahl in der Stadt Tilsit ist zunächst die geradezu vernichtende Niederlage der Konservativen. 27 Wahlmänner konnten sie noch 1908 in der Stadt durchbringen, diesmal nur 2, und auch diese nur in der ersten Abteilung eines Bezirks, in dem ganze drei Wähler zwei Wahlmänner zu „wählen“ hatten.

Und schließlich noch Insterburg-Gumbinnen, wo die Liberalen ebenfalls ebenfalls wacker gekämpft haben!

Die Reichstagswahlen sind mit dem Ausfall der Wahlen, was die Insterburg sehr sehr sehr zu bedauern ist. Wurden doch in Insterburg für die fortschrittlichen Kandidaturen weit mehr Wahlmänner gewählt, als für sämtliche anderen Parteien zusammen. Die Wahl der fortschrittlichen Wahlmänner hat, abgesehen die National Liberalen bei dieser Wahl zum ersten Male glänzend vorgegangen und man deshalb sehr wohl auf einen Rückgang der entscheidenden Liberalen Wahlmännerzahl rechnen konnte, gegen das Ergebnis im Jahre 1908 zugenommen.

Vabiau-Wehlau.

Man schreibt uns aus Vabiau: Auch der fähigste Optimist hat nicht gehofft, der Konservativen bei der Landtagswahl die Mandate für Vabiau-Wehlau abzunehmen, und auch keiner der Wahlkreise wissen von vornherein darauf hin, daß wir die Wahl der liberalen Wahlmänner von 1908 nicht erreichen würden.

Weitere Wahlergebnisse.

Breslau (L.)-Neumarkt. Die Wahl Graf Harrach (kons.) und Ede (Ztr.)

Schrimm-Zhroda-Weichen. Gewählt Korjant, Trampczynski und

Reuthe u. Westpr.-Fogig-Marthaus. Wahl der Polen sicher.

Zauner-Birnbaum. Der konservativ Kandidat Dr. v. Kospat

teilt mit, er schloße sich den Konservativen an, nicht den Drei-

konfessionellen.

r. Berlin, 19. Mai. Der Wahlschluß der vereinigten Konservativen und Freikonservativen der Wähler des Wahl-

kreises Ober- und Niederbarum hat in seiner Stichwahl-

parale keine Anhänger aufgefunden, bei den Stichwahlen zwischen den Liberalen oder einer anderen bürgerlichen Partei einverleitet und den Sozialdemokraten anvertrauten geschlossen für die Wahlmänner der bürgerlichen Parteien eingetreten.

Die englischen Spione Trench und Brandon begnadigt.

Berlin, 19. Mai. Wie wir vernehmen, hat der Kaiser die wegen Spionageverdachts zu Festungshaft verurteilten englischen Offiziere Trench und Brandon und den wegen des gleichen Deliktes verurteilten englischen Rechtsanwalt Steward den Rest der Strafe auf dem Gnadenwege erlassen.

Die beiden englischen Offiziere, die nunmehr durch einen Gnadenakt des Kaisers ihre Freiheit wiedererhalten, wurden vor etwa zwei Jahren wegen Verjüchter-Spionage zu je vier Jahren Festungshaft verurteilt. Sie hatten in den Sommermonaten des Jahres 1910 Reisen an der Nordküste und den ostafrikanischen Inseln gemacht, um der ausgesprochenen und von Leutnant Trench eingeschlossenen Absicht, „eine Rundschau zu machen“, d. h. zu spionieren. Man gewann bei Ge-

legenheit der öffentlich geführten Prozessverhandlung eine Reihe interessanter Einblicke in das wohlwollende englische Nachsichtswesen, in dessen Dienst die beiden Offiziere standen. Beide waren aller Wahrscheinlichkeit nach besonders für den Erkundungsdienst ausgebildet worden, Brandon war Spezialist für Vermessungsarbeiten, Trench für das Zeichnen und die deutsche Sprache. Sie hatten sich auf dem Kadettenschulschiff „Cornwall“ kennen gelernt. Dieses Schiff unternahm eine Kreuzfahrt, bei der auffälligerweise sämtliche deutschen und dänischen Häfen angelaufen wurden: ein weiteres Beweismoment für die Annahme, daß die beiden Offiziere nicht etwa aus eigener Initiative handelten. Als strafschmerzhaft kam für die beiden der Umfang und die Gefährlichkeit ihres Unterfangens in Betracht, als strafmildernd ihr teilweise Geständnis und der Umstand, daß sie Ausländer waren, die im Interesse ihres Vaterlandes handelten. Aus diesen Gründen konnte das Reichsgericht von einer Zuchthausstrafe absehen und verurteilte beide nur zu Festungshaftstrafen, die in den letzten Tagen des Dezember 1910 angetreten wurden. Das Urteil wurde damals von der gesamten deutschen, aber auch von einem Teil der englischen Presse für sehr milde erklärt.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man die nunmehr erfolgte Begnadigung als einen Akt der Höflichkeit anlässlich des Besuchs des englischen Königs paares in Berlin ansieht. Wenn auch im allgemeinen milde Auffassungen und Gnadenakte bei Spionagefällen ihre großen Bedenken haben, so darf man doch diesmal annehmen, daß die ritterliche und entgegenkommende Handlungsweise des Kaisers jenseits des Kanals ihre Wirkung nicht verfehlen wird. Und in dieser Voraussetzung kann man die Begnadigung als eine weitere Ebnung auf dem Wege zur Verständigung zwischen den beiden Völkern gutheißen.

Ein britisch-deutsches Tauschgeschäft?

Der „Deutsche Bot“, dem für seine Nachricht die Verantwortlichkeit überlassen bleibt, glaubt zu wissen, daß es sich bei den derzeitigen so geheim gehaltenen Verhandlungen zwischen Deutschland und England nicht nur um die Vagabundbahn, sondern auch um die Frage der Zulassung einer deutschen Zentralafrika bahn handelt. Eine Verständigung soll zwischen Deutschland und England auf der Grundlage zustande gekommen sein, daß Deutschland den britischen Vetter am Persischen Golf gewähren läßt, wofür Großbritannien rückwärts den deutschen Verkehrsinteressen in Zentralafrika aus dem Wege geht. Der „Deutsche Bot“ formuliert das Tauschgeschäft folgendermaßen:

Deutschland verzichtet auf die Durchführung eines von britischer Kontrolle freien Verkehrsweges aus Mitteleuropa durch Vorderasien bis zum Persischen Golf — und England gibt Deutschland freie Hand, sich mit Belgien und Portugal zu verständigen über die Zusammenfassung eines großen zentralafrikanischen Verkehrsgebietes unter vorherrschender Beteiligung Deutschlands an der weiteren wirtschaftlichen Nutzung von ganz Zentralafrika.

Es soll eifrig daran gearbeitet werden, dieses Tauschgeschäft perfekt zu machen, um es dem Kaiser, den nach einer 25jährigen Bemühung leicht über die geringen Erfolge der deutschen Kolonialpolitik eine Verzimmung beschleichen könnte, als — Jubiläumsgeschenk der Reichsregierung zu unterbreiten; für einen solchen politischen Akt ein fraglos originelles Motiv! Der „Deutsche Bot“ begnügt sich indessen selbst nicht mit dieser Begründung, sondern schreibt:

Wo konnte beim derzeitigen Stande der Weltverteilung Deutschland noch auf nennenswerte Ausbreitung seiner wirtschaftlichen Einflüsse rechnen? Es kamen eigentlich nur noch zwei Gebiete in Betracht: Deutschland konnte sich angeschlossen sein lassen, gewissermaßen als Mandatar Mitteleuropas einen den englischen Einflüssen entzogenen Weg nach dem Indischen Ozean zu bahnen, und an diesem durch Vorderasien führenden Weg durch deutsches Kapital deutsche Kulturarbeit zu verrichten. Zum zweiten konnte es danach trachten, seine Betätigung in Zentralafrika auszubreiten und die vorhandenen drei deutschen Kolonialkolonien in Afrika zu einer Verkehrsseinheit zu verbinden. In beiden Fällen müßte es auf britische Interessen stoßen. Das Ziel des britischen Imperialismus ist ja nichts Geringeres, als eine Zusammenfassung des britischen Machtbereichs vom Kap bis Kairo und von der Nilmündung bis zur äußersten Ostgrenze Britisch-Indiens.

Am Tanganjika und an der Gushiraimündung müßten die deutschen und die britischen Zukunftspläne sich kreuzen, und wollte man nicht zu den Waffen greifen, so müßte an diesem Punkte gesagt werden: Geh du rechtswärts, laß mich linkswärts gehen! Vielleicht hat der „Deutsche Bot“ nicht unrecht.

Für und wider die dreijährige Dienstzeit.

Der Präsident der Pariser Carbonne Chéron hielt auf einem vom Verbands der republikanischen Jugend veranstalteten Rede eine Rede, in der er der französischen Jugend, die bereit sei, den neuen Opfern für das Vaterland auszusprechen, wegen ihrer patriotischen Gesühle Lob zollte. Während dieser Rede riefen einige in der zahlreichen Versammlung verteilte Personen: Es lebe die Republik! Wieder mit der Reaktion! Wieder mit der dreijährigen Dienstzeit! Aus der Versammlung erhob sich lebhafter Widerspruch gegen die Ausrufe.

Der frühere Ministerpräsident Caillaux hat auf einem Bantet der radikal-sozialistischen Partei in Paris eine Rede über das militärische Problem gehalten. Der Redner führte u. a. folgendes aus:

Ich bin der Ansicht, daß die internationale Lage neue Wünsche schafft, die wir erfüllen müssen, indem wir unser Augenmerk darauf richten, die früher eingerichtete militärische Verfassung, die auf der Organisation eines Nationalheeres und nicht eines Berufsheeres beruht, zu ergänzen. Daraus, daß eine andere Nation, deren wachsende Bevölkerung der unteren schon bedeutend überlegen ist, die Reizung hat, auf ein Berufsheer hinaufzutreten, so hat nicht, daß wir es nachahmen müssen. Indem wir uns auf Nachahmung verzichten, ist es unvermeidlich, daß wir unseren Nachbarn in Mitleidenschaft ziehen werden durch die genaue Ausführung des Gesetzes vom Jahre 1905, durch welche die Reserven verbessert und eingeübt, die militärische